

Mit Clement und Hartz zurück in Kaiserreich

PDS AG Betrieb & Gewerkschaft zum Ausbildungszeitwertpapier

Angesichts der neuen Signale aus dem Hause des Wirtschaftsministers Clement (SPD) das sogenannte „Ausbildungszeitwertpapier“ aus dem Hartz-Konzept doch umzusetzen erklären die BundessprecherInnen der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft:

Die PDS AG Betrieb & Gewerkschaft lehnt die aus dem Hartz-Konzept stammenden Ideen für ein „Ausbildungszeitwertpapier“ grundsätzlich ab. Eine Realisierung dieses Projekts wäre ein Rückschritt in die sozialen Verhältnisse des Deutschen Kaiserreiches als die Eltern „Lehrgeld“ an die „Lehrherren“ zahlen mußten.

Ausbildungszeitwertpapier stellt die Verhältnisse auf den Kopf

Bisher ist es so, dass die Betriebe für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und für die Finanzierung der Ausbildung verantwortlich sind. In der überwiegenden Zahl der Ausbildungsverhältnisse werden den Auszubildenden Ausbildungsbeihilfen von den Betrieben nach Tarifvertrag gezahlt.

Das soll mit dem „Ausbildungszeitwertpapier“ nun grundsätzlich anders werden. Eltern, Großeltern und andere Verwandte künftiger Auszubildender sollen Geld in einem Fond anlegen, damit zu gegebener Zeit bei einem gegebenem Betrieb ein Ausbildungsplatz erworben werden kann. Wer diese Möglichkeiten nicht hat kann sich also auch keinen Ausbildungsplatz „kaufen“.

Mit anderen Worten, dass gegenwärtige Berufsausbildungssystem wird zu Lasten der abhängig Beschäftigten und zugunsten der Betriebe, sprich dem Kapital auf den Kopf gestellt.

Die Betriebe sind nicht mehr für die Finanzierung der Berufsausbildung, obwohl sie mit den Auszubildenden nach der Ausbildung und zu einem großen Teil auch schon während der Ausbildungszeit Gewinne erzielen können verantwortlich, sondern die, die ausgebildet werden wollen bzw. deren Familien. Eine gigantische Umverteilung von finanziellen Lasten zugunsten des Kapitals. Nebenbei werden die Betriebe natürlich auch aus der Verantwortung entlassen ausreichend und zukunftsorientierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Ebenso wird die Spaltung der Gesellschaft erneut vertieft, da diejenigen, deren Familien diese Gelder nicht bereit stellen können auch keinen Ausbildungsplatz erhalten.

Wir wollen nicht , dass auch nur in Ansätzen diese neue Form des „Lehrgeldes“ aus dem Kaiserreich gezahlt werden muß.

Fehlende Ausbildungsplätze sind der Skandal

Der eigentliche aktuelle Skandal ist jedoch , dass durch die Betriebe trotz aller Ankündigungen aus Unternehmervereinigungen, von Handels- und Handwerkskammern nicht genügend Ausbildungsplätze bereit gestellt wurden und werden.

Die letzte Statistik der Bundesanstalt für Arbeit weist aus, dass es im zurückliegenden Jahr (Oktober 2002) mit 249.406 gemeldeten Lehrstellenangeboten bei 265.770 gemeldeten BewerberInnen 2.514 BewerberInnen aber vor allem 38.270 Lehrstellen weniger gab als im Jahr zuvor (Oktober 2001).

Dieses Lehrstellenangebot ist der schlechteste Wert der letzten Jahre und liegt auch deutlich unter dem Stand von 1998. (262.451).

Im Dezember 2002 gab es noch 27.764 offene Lehrstellen, aber auch noch 47.256 Ausbildungsplatzsuchende, was einen Fehlbedarf an Lehrstellen in Höhe von 19.492 ergibt.

Dabei sind noch nicht die potentiellen BewerberInnen berücksichtigt, die diese Statistik nicht erfasst als die jungen Menschen , die sich in sog. Warteschleifen befinden. Also ist der Ausbildungsplatzmangel noch wesentlich höher.

Daher ist es höchste Zeit , dass endlich die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe, wie von Gewerkschaftsjugend und Gewerkschaften seit Jahren gefordert , durchgesetzt wird. Betriebe , die nicht ausbilden müssen eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen.

Nicht Bündnisgespräche – mobilisieren !

Als AG der GewerkschafterInnen der PDS erwarten wir vom DGB und den Einzelgewerkschaften, dass sie offensiv für die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe mobilisieren. Gerade auch weil „Basta“-Kanzler Schöder diese bisher ablehnt und deutlich gemacht hat, dass er auch bei zukünftigen Gesprächen in dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ gesetzliche Sanktionen für Betriebe , die nicht ausbilden nicht zusagen wird.

Aus diesem Grund sind wir auch zu diesem Thema grundsätzlich gegen eine weitere Beteiligung der Gewerkschaften an diesem Bündnis. Wir stellen uns die Frage welche Ankündigungen Minister Clement (SPD) beim Thema Schleifen des Kündigungsschutzes und Verschlechterung des Arbeitsrechtes noch machen muss, bevor DGB, ver.di und IG Metall dieses Bündnis für sich für beendet erklären.

PDS AG
Betrieb & Gewerkschaft
-BundessprecherInnen-
-05.02.2003-